

asta - aktuell

STUDENTENSCHAFT DER TECHNISCHEN HOCHSCHULE DARMSTADT

12. 2. 74

Kommilitoninnen und Kommilitonen

URABSTIMMUNGS INFORMATION

Am ersten Wahltag wurden 743 Stimmen abgegeben, das sind 8.02 %. Damit liegen wir im zweiten Wahlgang etwas höher als beim erstenmal.

ZUR SOZIALBEITRAGSERHÖHUNG

- Der Kultusminister beabsichtigt, zum Sommersemester die Sozialbeiträge zu erhöhen. Die Erhöhung soll dazu dienen, daß das Defizit des Studentenwerks in Höhe von 394.000,- DM nicht vom Land Hessen, sondern von den Studenten getragen wird.

- Die Höhe der Beitragsanhebung schwankt von Mal zu Mal. Erst sollte von 62,50 auf über 80,-DM erhöht werden dann sprach der Kultusminister von 10,- und nun zur Zeit von 7.50 DM.

- Angesichts der inflationären Situation, die besonders uns Studenten betrifft, (Erhöhung der Mensapreise, drohende Erhöhung der Wohnheimmieten, Verteuerung der Bahntarife zum 1.4., bei gleichzeitigem sinkendem, unzureichendem BAFÖG) sehen wir nicht ein, warum wir Studenten jetzt noch zusätzlich zur Deckung des Studentenwerkdefizits zur Kasse gebeten werden. Deshalb sind auch diese 7,50, von denen keiner weiß, ob sie sich nicht plötzlich am 1.4. in 17,50 DM oder 27,50 DM verwandelt haben, genau 7.50 DM zuviel!

- Der AStA schließt sich dem Beschluß des Vorstandes des Studentenwerkes an: "Der Vorstand ist ferner der Auffassung, daß wegen der bisher nicht angehobenen BAFÖG-Sätze und der Preissteigerungen in der letzten Zeit eine zusätzliche finanzielle Belastung der Studenten nicht hingenommen werden kann. Der Vorstand ist vielmehr der Meinung, daß das jetzt noch vorhandene geringe Defizit vom Land getragen werden sollte." (4.2.74)

- Unserer Meinung nach sollte das Land Hessen die Finanzlücke des Studentenwerks decken, und zwar dadurch, daß im Rahmen einer Kürzung des Rüstungsetats oder durch eine stärkere Besteuerung der immensen Gewinne der Ölkonzerne, dem Land Hessen vom Bund mehr Geld zugewiesen wird. Übrigens, auf die krummen Touren der Shell, Esso usw. scheint jetzt endlich auch das Bundeskartellamt aufmerksam geworden zu sein.

-DESHALB RUFEN WIR AUCH ALLE KOMMILITONEN AUF :

**BETEILIGT EUCH AN DER BEFRAGUNG ÜBER
DIE SOZIALBEITRAGSERHÖHUNG**

**JA ZUR VERWEIGERUNG DER SOZIALBEITRAGS
ERHÖHUNG**

RCDS : NEIN ZUR SATZUNG = JA ZUM KUMI - ERLASS

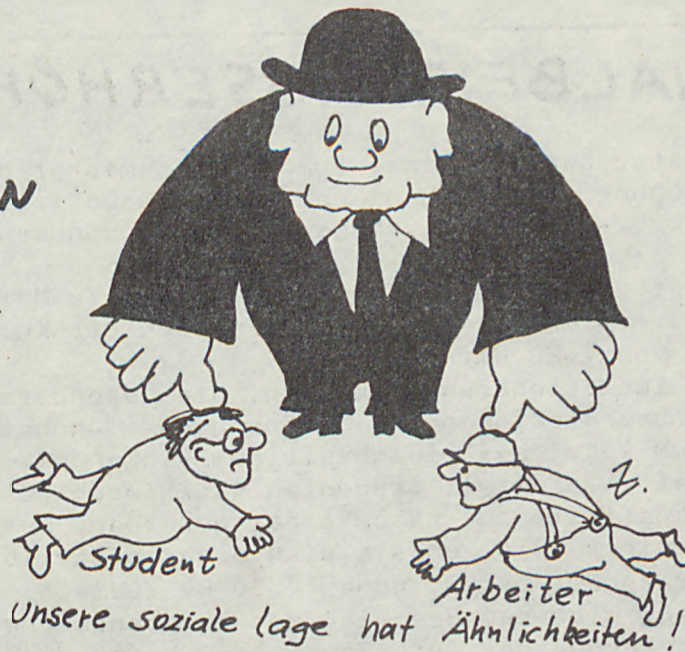
Dem Rcds sei zur Information gesagt;

Dieser AStA hat eine Satzung ausgearbeitet, die dann vom Studentenparlament einstimmig verabschiedet wurde, und der beim ersten Wahlgang 80 % zustimmten, weil wir Neuwahlen zum Studentenparlament haben wollen.

Ohne eine mehrheitlich urabgestimmte Satzung würden wir dann, und das haben Böhme und der Kumi oft genug gesagt, innerhalb von zwei Wochen eine Satzung aufokroiert bekommen.

Der Rcds behauptet demagogisch: Wenn diese Satzung von der Studentenschaft angenommen wird, dann bricht an der TH die Diktatur aus. Dazu kann man nur sagen: Dem RCDs steht es frei, bis zur nächsten STUPA-Wahl zu Beginn des SS eine Politik zu machen, die ihn wählbar macht! Allerdings müsste er dann beginnen die Interessen der Mehrheit der Studenten zu vertreten. Dabei scheint er offensichtlich einige Schwierigkeiten zu haben, wie z.B. sein praktisches Nichtstun zur BAFÖG-Anhebung zeigt.

**SOLIDARITÄT
MIT DEN
FORDERUNGEN
DER
TH-BEDIENSTETEN
NACH
LÖHNERHÖHUNG**



Obwohl wir zur Zeit davon hart betroffen sind (Gestern gabs nur bis 13.00 Essen in der Mensa, abends fiel es ganz aus, das Mensakaffe schloß um 14.00) solidarisieren wir uns mit den berechtigten Forderungen der TH-Bediensteten nach einer 15 % - Lohnerhöhung, da angesichts der Inflation schon 12% notwendig sind, um den Lebensstandard zu sichern. Siehe dazu auch die Wandzeitung in der Mensa.

AUFRUF ZUR DEMONSTRATION IN FRANKFURT

Der AStA unterstützt und hat aktiv mit vorbereitet, die heutige Demonstration aller hessischen Studenten gegen eine Einführung eines Ordnungsrechtes, einer Polizeiversität, gegen die reaktionäre HUG-Novellierung und für Diskussionsfreiheit in allen Lehrveranstaltungen, für die ungehinderte Auseinandersetzung mit arbeiterfeindlichen Lehrinhalten. Für eine demokratische Studienreform im Interesse der arbeitenden und lernenden Bevölkerung.